

# Zukunft

## Heimat erhalten. Zukunft gestalten.

Leitsätze zu den Kommunalwahlen 2009.



**CDU** BADEN-  
WÜRTTEMBERG

### 1. Heimat erhalten. Zukunft gestalten.

*Bei uns in Baden-Württemberg fühlen sich die Menschen wohl. Die Bürgerinnen und Bürger schätzen die Lebensqualität im Südwesten und sind zu Recht stolz auf ihr Land. Für die CDU ist es deshalb Anspruch und gleichzeitig Verpflichtung: Die Heimat erhalten. Die Zukunft gestalten.*

#### Unsere Heimat erhalten.

In keinem anderen Land Deutschlands sind die Menschen so zufrieden wie in unserer Heimat im Südwesten. Die Lebensqualität hat auch gute Gründe: eine starke Wirtschaft, ausgezeichnete Bildungseinrichtungen, schöne Landschaften, ein gutes Miteinander der Generationen und Kulturen, ein hohes Maß an innerer Sicherheit sowie ein abwechslungsreiches Kultur- und Freizeitangebot.

Maßstab der Politik der CDU ist deshalb auch und gerade die Zufriedenheit und Lebensqualität der Menschen in Baden-Württemberg. Unser Ziel ist es, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern unsere schöne Heimat zu erhalten.

#### Die Zukunft gestalten.

Aber auch für uns im erfolgsverwöhnten Südwesten darf es keinen Stillstand geben. Im Wettbewerb der Regionen und Länder gilt es stets, an den eigenen Stärken zu arbeiten.

Der ländliche Raum und die städtischen Verdichtungsräume stehen dabei oft vor unterschiedlichen Herausforderungen. Auch in Zukunft wollen wir in allen Landesteilen die Möglichkeit für attraktive Lebens- und Arbeitsräume erhalten und damit für junge Menschen als Wohn- und Arbeitsstätte attraktiv halten.

Hand in Hand haben Land und Kommunen deshalb in den vergangenen Jahren wichtige Projekte vorangebracht. Eine verlässliche Wirtschafts- und Strukturpolitik war Grundlage für gute kommunale Einnahmen. Wir haben die Wachstumskräfte unserer Städte und Gemeinden gestärkt, die Verschuldung abgebaut und in Bildung und Zukunft investiert. Die Ausgangsbedingungen für die Kommunen in Baden-Württemberg sind hervorragend und wir haben es selbst in der Hand, im Miteinander unsere Zukunft zu gestalten.

## 2. Die CDU - verlässliche Kraft in den kommunalen Parlamenten.

*Als die bestimmende politische Kraft in den Gemeinden, Städten und Kreisen haben die über 7.200 kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger gezeigt, dass auf sie Verlass ist. Dies gilt gerade dann, wenn die Zeiten einmal schwieriger sind. Nur die CDU als große Volkspartei steht für eine durchgehende bürgerliche Politik sowohl in den Kommunen, der Region wie auch im Land, dem Bund und in Europa und damit für eine Politik aus einem Guss.*

### Verlässlichkeit ist unsere Stärke.

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist es wichtig, eine politische Heimat zu haben und dass Parteien zur politischen Stabilität beitragen. Die Wählerinnen und Wähler wissen was sie erwartet, wenn Sie die CDU wählen. Wir haben für die bevorstehenden Kommunalwahlen hervorragende Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, Freizeit einzusetzen und für die Menschen vor Ort konkret etwas zu erreichen.

### Politik aus einem Guss.

Die Zukunft unserer Städte und Gemeinden wird nicht alleine auf den Rathäusern entschieden. Von der europäischen Ebene, über den Bund bis zu den Ländern wird die Kommunalpolitik vielfältig geprägt. Für die Menschen vor Ort ist es nicht entscheidend, welche staatliche oder politische Ebene in einem konkreten Fall zuständig ist. Sie erwarten zu Recht, dass wir die Herausforderungen der Zukunft offen benennen, annehmen und erfolgreich anpacken. Nur die CDU steht für eine Politik aus einem Guss. Wir stehen für durchgehende bürgerliche Politik in den Kommunen, der Region, in den Ländern, auf Bundesebene in Berlin sowie in Brüssel und Straßburg bei europapolitischen Fragen. Unsere Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sind auf allen politischen Ebenen präsent und stehen in ständigem Kontakt und Erfahrungsaustausch.

## 3. Politik für Kommunen in schwierigen Zeiten.

*Die Stärke der CDU war schon immer ihre Verankerung vor Ort und die Stärke der Gemeinden, Städte und Kreise die Mandats- und Amtsträger der CDU, die dafür sorgen, dass es den Menschen und Unternehmen in Baden-Württemberg gut geht. Auch in Zeiten der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise wird die CDU als Anwalt der Menschen und der Kommunen dafür sorgen, dass unser Land die bevorstehenden Herausforderungen meistert und gestärkt aus ihnen hervorgeht.*

### Die Krise als Chance begreifen.

Unser Land steht vor gewaltigen Herausforderungen. Binnen weniger Monate hat sich eine Immobilienkrise in Amerika zu einer weltumspannenden Finanzmarktkrise mit weit reichenden Auswirkungen auf nahezu sämtliche Wirtschaftsbranchen entwickelt. Der Staat und seine Bürger sind mit Problemen konfrontiert, die wir noch vor kurzer Zeit so nicht für möglich gehalten hätten. Baden-Württemberg wird als technologiestarkes und exportorientiertes Land unter dem weltweiten Einbruch der Märkte besonders beeinflusst.

Es ist klar, dass die staatlichen Möglichkeiten, einen abrupten Nachfrageeinbruch auf breiter Front auszugleichen, begrenzt sind. Die CDU nutzt ihre Spielräume konsequent. Deshalb haben wir als erstes Land in Deutschland ein umfassendes Infrastrukturprogramm aufgelegt und übernehmen gemeinsam mit den Kommunen Verantwortung. Wir ziehen bereits geplante Investitionen in Verkehrswege in Bildung, Wissenschaft, Forschung und Umweltschutz vor. Wir wollen damit die Wachstumskräfte in unserem Land stärken und andererseits das Ziel der Netto-Nullverschuldung im Sinne einer generationengerechten Politik nicht aus den Augen verlieren.

Gleichzeitig bietet die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise aber auch Chancen für Baden-Württemberg und seine Kommunen. Mit unseren robusten und starken Unternehmen kann und muss es uns gelingen, aus der Krise gestärkt hervorzugehen und die Rolle als weltweit in vielen Bereichen führendes Wirtschaftsland auszubauen.

### Herausforderungen annehmen.

Aber nicht nur die Finanzkrise stellt die Kommunen vor große Herausforderungen: Der demographische Wandel wird die Gesellschaft in unseren Städten und Gemeinden verändern und damit auch die Anforderungen an Infrastruktur und Dienstleistungen. Der Klimawandel wird es notwendig machen, über Mobilität neu nachzudenken und die steigenden Anforderungen einer Wissensgesellschaft werden nicht zuletzt weitere Reformen im Bereich der Kinderbetreuung und Bildung notwendig machen.

## 4. Aktive Bürger - Lebendige Kommunen.

*Die Städte und Gemeinden leben von einer aktiven Bürgergesellschaft. Mit ihrem umfangreichen und vielfältigen Engagement sind es die Menschen, die unsere Heimat liebens- und lebenswert machen. Gleichzeitig sind die Kommunen der Ort, an dem wir die Integration am effektivsten fördern und dem demographischen Wandel begegnen können.*

### Demographische Herausforderung annehmen.

Der demographische Wandel betrifft jede und jeden in unserer Gesellschaft. Der Geburtenrückgang und die zunehmend älter werdende Gesellschaft erfordert nicht nur Veränderungen bei den Sozialversicherungssystemen, sondern auch strukturelle Anpassungen und eine politische Neuausrichtung in den Kommunen.

Gemeinsam müssen wir daher alle Anstrengungen unternehmen, junge Familien zu fördern, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern und zu einer dauerhaft nachhaltigen und generationengerechten Haushalts- und Finanzpolitik zu kommen. Gleichzeitig gilt es, die vielfältigen Erfahrungen und Potentiale der Älteren zu nutzen und das gesellschaftliche Miteinander der Generationen zum Nutzen aller zu fördern, wie zum Beispiel mit Mehrgenerationenhäusern.

Darüber hinaus kann durch Anpassungen der Infrastruktur und veränderte Freizeitangebote einerseits einer Abwanderung junger Menschen vorgebeugt und andererseits den Bedürfnissen älterer Menschen entgegengekommen werden.

### Vielfalt im Ehrenamt.

Das ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement von Bürgerinnen und Bürgern in unseren Städten und Gemeinden hat viele Gesichter und ist so vielseitig wie sie selbst: Neben dem klassischen ehrenamtlichen Engagement in Sport- und Musikvereinen, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden oder der Feuerwehr haben sich in letzter Zeit neue Formen des Engagements entwickelt: Jugendbegleiter führen eigenständige Bildungs- und Betreuungsangebote in den Ganztageseschulen durch, Lesepaten unterstützen Schüler an den Schulen, Jobpaten nutzen ihre Netzwerke und Erfahrung, um Jugendlichen den Start in Ausbildung und Beruf zu erleichtern. Andere Ehrenamtliche organisieren Besuchsdienste in Krankenhäusern, engagieren sich im Klimaschutz oder helfen ein Biotop zu bewahren. Viele Aktivitäten von älteren Menschen wären in der Zeit des demographischen Wandels ohne Bürgerbeteiligung nicht möglich. Für die Förderung von Kunst und Kultur setzen sich Mäzene, Freundeskreise und Stiftungen ein.

### Engagement sichtbar fördern und anerkennen.

Bürgerschaftliches Engagement kommt in Städten und Landkreisen nicht ohne hauptamtliche Strukturen aus. Die Gewinnung von Freiwilligen, das Zusammenführen von „Angebot“ und „Nachfrage“ sowie der Aufbau von Netzwerken und Kooperationen erfordert feste und verlässliche Koordinationsstellen sowie eine qualifizierte Begleitung. Ebenso wichtig ist die Weiterqualifizierung von engagierten Bürgerinnen und Bürgern sowie die Förderung von Freiwilligendiensten, die Zugänge zum Engagement für alle - insbesondere aber auch Migrantinnen und Migranten - ermöglichen.

Darüber hinaus muss Engagement und Ehrenamt sichtbar anerkannt werden. Arbeitgeber, allen voran der öffentliche Dienst, sollten deshalb kreative öffentliche Anerkennungsinstrumente entwickeln, Arbeitszeitregelungen zugunsten des ehrenamtlichen Engagements flexibler gestalten und bei Einstellungen nicht nur Zeugnisse, sondern auch den ehrenamtlichen Einsatz für die Gesellschaft berücksichtigen. Das klassische Ehrenamt ist der Stützpfeiler der Jugendarbeit und ist daher für die Städte und Gemeinden unbezahlbar.

### Gesellschaftliche Teilhabe für Menschen mit Behinderungen ermöglichen.

Jeder Mensch hat unschätzbare Potentiale und ist für die Gesellschaft wichtig und wertvoll. Wir wollen Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen eine selbstbestimmte und gleichberechtigte Teilhabe ermöglichen. Es muss auch für Menschen mit Behinderung normal sein, so zu leben, zu wohnen, zu arbeiten und am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, wie das für Menschen ohne Handicap selbstverständlich ist. Angehörige, Freiwillige und Hilfsorganisationen helfen in vielfältiger Weise fachlich und qualifiziert unterstützend mit. Die Bedingungen für dieses Engagement zu verbessern, ist uns ein besonderes Anliegen.

### Integration beginnt in der Nachbarschaft.

Die Kommunen sind der Ort, an dem Integration stattfindet und stattfinden muss. Nur dort kann es unter Anstrengung aller Beteiligten gelingen, dass unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund sich in die Gesellschaft integrieren und uns mit ihrer eigenen Kultur bereichern. Ihre aktive Einbindung in das kommunale Geschehen ist ein wesentlicher Schlüssel für ein soziales und kulturelles Miteinander und nicht Nebeneinander in den Städten und Gemeinden. Wir wollen deshalb erreichen, dass sich mehr EU-Bürger an den Kommunalwahlen beteiligen.

## 5. Kinderland konkret - Bildung und Betreuung vor Ort.

*Bildung und Betreuung gehören für die CDU zusammen. Wir sorgen für echte Wahlfreiheit der Eltern bei der Kinderbetreuung und ermöglichen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mit der Qualitätsoffensive Bildung und in Zusammenarbeit mit den Kommunen machen wir unsere Schulen fit für die Zukunft und sorgen für gerechte Bildungschancen für jedes einzelne Kind.*

### Das Beste für unsere Kinder.

Die CDU ist der Garant für eine erfolgreiche und moderne Bildungspolitik. Mit neuen Ideen und wirkungsvollen Reformen wollen wir das bestmögliche Bildungs- und Betreuungsangebot für jedes einzelne Kind bieten. Und der Erfolg gibt uns dabei Recht: Die Schülerinnen und Schüler des Landes liegen im innerdeutschen Vergleich bei Bildungsstudien weit vorne und über dem internationalen Schnitt. Mit den höchsten Bildungsausgaben, der niedrigsten Zahl von Schulabbrechern und der geringsten Jugendarbeitslosigkeit ist Baden-Württemberg auf dem richtigen Weg.

### Qualitätsoffensive Bildung.

Um jungen Menschen im Land die besten Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für einen erfolgreichen Start in Ausbildung und Beruf zu bieten, investieren wir allein in den kommenden vier Jahren zusätzlich rund 528 Mio. Euro. 4.000 zusätzliche Lehrer werden eingestellt; allein für die im nächsten Schuljahr beginnende Absenkung des Klassenteilers auf 28 Schülerinnen und Schüler schaffen wir rund 3.200 zusätzliche Stellen. Darüber hinaus entwickeln wir den Lehrerberuf weiter. Wir sorgen dafür, dass auch in Zukunft nur die besten und motiviertesten Lehrerinnen und Lehrer unsere Kinder unterrichten.

### Die Eltern unterstützen.

Die CDU steht für eine familienfreundliche Gesellschaft und damit auch für die Wahlfreiheit der Eltern bei der Kinderbetreuung. Zur weiteren Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bauen wir deshalb die Angebote in der Kleinkindbetreuung entlang des jeweiligen Bedarfs aus und setzen uns für flexiblere Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen entlang der jeweiligen örtlichen Bedürfnisse ein. Bis Ende 2013 sollen in den Städten und Gemeinden unseres Landes zusätzlich rund 60.000 Plätze geschaffen werden. Land und Kommunen haben hierzu im Jahr 2007 einen tragfähigen Finanzierungspakt über 800 Mio. Euro jährlich geschlossen. Daneben unterstützen wir unsere Familien mit dem Landeserziehungsgeld, das im Anschluss an das Elterngeld des Bundes gewährt wird.

### Gemeinsame Verantwortung zwischen Land und Kommunen.

Das Land und seine Kommunen teilen sich in Baden-Württemberg die Aufgaben im Schulbereich. Während das Land vor allem für die Lehrinhalte und die personelle Ausstattung verantwortlich zeichnet, obliegt den Kommunen die Trägerschaft der Schulinfrastruktur. Die CDU im Land steht zu dieser Partnerschaft und will auch in Zukunft bei allen Bildungs- und Betreuungsangeboten in gemeinsamer Verantwortung flexible Lösungen erarbeiten, die zum individuellen Bedarf vor Ort passen.

### Kurze Beine, kurze Wege.

Für unsere kleinen Schüler gilt wie bei den Kindergartenkindern das Motto: „Kurze Beine, kurze Wege“. Wir wollen möglichst wohnortnahe Schulen, die ein pädagogisch sinnvolles Angebot bieten können. Die Gemeinden als Schulträger bestimmen die Standorte unserer Schulen. Die CDU steht zur flächendeckenden Schulinfrastruktur im ländlichen Raum. Die Schule ist dort auch und gerade ein Zentrum des sozialen Lebens und des Ehrenamtes, das es zu erhalten gilt.

### Kinderland trifft Bildungsland.

Die Stärkung der frühkindlichen Bildung und Erziehung ist der Schlüssel für mehr soziale Gerechtigkeit bei der Verteilung von Bildungschancen. Die Kommunen und das Land investieren deshalb rund 20 Mio. Euro in die Fortbildung der pädagogischen Fachkräfte in den Kindergärten sowie der Kooperationslehrkräfte der Grundschulen und Sonderschulen. Darüber hinaus wird die bedarfsgerechte Sprachförderung zur Regelförderung werden. Gleichzeitig erfolgt mit dem „Bildungshaus“ in Baden-Württemberg eine enge Verzahnung zwischen Kindergarten und Grundschule. Baden-Württemberg geht damit als erstes Land neue Wege, in dem es gemeinsame Lern- und Spielzeiten in institutions- und jahrgangsübergreifenden Gruppen schafft. Kindergarten und Grundschule sollen im Laufe einer Modellphase so eng miteinander verzahnt werden, dass eine durchgängige Bildungseinrichtung für Drei- bis Zehnjährige entsteht. Dabei gilt es auch sicherzustellen, dass alle Kinder bereits vor der Grundschule erste soziale Kontakte knüpfen und spielerisch Lerninhalte erfahren können. Die CDU verfolgt deshalb das Ziel eines verpflichtenden Kinderschuljahres.

## Individuelle Begabungen brauchen individuelle Bildungswege.

Unser besonderes Augenmerk gilt den Haupt- und Werkrealschulen. Sie sind ein solider und erfolgreicher Weg zur Berufsausbildung. Unsere Haupt- und Werkrealschulen legen besonderen Wert auf eine zielgenaue Förderung der Schülerinnen und Schüler. Die neue Werkrealschule ist eine zukunftsweisende pädagogische Innovation. In einer sechsjährigen, mindestens zweizügigen Schule können Hauptschulabschluss und mittlere Reife erreicht werden. Individuelle Förderung und konsequente Berufsorientierung sind Grundlage des Schulkonzepts. Die Werkrealschule schafft dadurch neue Perspektiven und stärkt die Hauptschüler.

Unsere Realschulen sind äußerst erfolgreich und bieten den Schülerinnen und Schülern hervorragende Entwicklungsmöglichkeiten. Für begabte Schülerinnen und Schüler bieten unsere Gymnasien mit schlankeren Bildungsplänen einen schnellen Weg zum Abitur. In jeder Region Baden-Württembergs stellen wir ein breites Angebot an Studiengängen in Berufsakademien und Fachhochschulen zur Verfügung. Unsere Hochschulen und Universitäten haben einen exzellenten Ruf in der ganzen Welt. Das dichte Netz von Hochschulen im Land werden wir erhalten. Es sichert unseren Industrie- und Dienstleistungsbetrieben im ganzen Land hervorragend ausgebildeten Fachkräftenachwuchs. Erfreulicherweise ist die Quote der Jugendlichen, die die Schule ohne Schulabschluss verlassen mit 6% in Baden Württemberg bundesweit am geringsten. Vorrangiges Ziel unserer Bildungspolitik muss gleichwohl sein, jede Schülerin und jeden Schüler zu einem Schulabschluss zu führen. Aber auch denen, die die Schule trotzdem ohne Abschluss verlassen, helfen wir über den Weg der Schulfremdenprüfung zu einem späteren Zeitpunkt den Schulabschluss nachzuholen. Die vielen Volkshochschulen im Land sowie private Bildungsträger bieten hierfür eine Vielzahl an vorbereitenden Kursen an.

## Kein Abschluss ohne Anschluss.

Unsere Schulen richten sich am Wohl der Kinder aus. Alle Schülerinnen und Schüler sollen die für sie optimale Schulart finden können und dort entlang der modernen Erkenntnisse der Bildungswissenschaft eine individuelle Förderung erfahren. In Baden-Württemberg gilt dabei der Grundsatz, dass kein Schulabschluss ohne weiteren Bildungsanschluss bleibt. Gerade unsere beruflichen Schulen bieten passgenaue Anschlüsse und beste Perspektiven zum Bildungsaufstieg: So werden heute im Land rund 50 Prozent der Hochschulzugangsberechtigungen über berufliche Abschlüsse erreicht.

## 6. Stadt und Land - Hand in Hand.

**Die CDU bekennt sich zur engen Partnerschaft zwischen dem Land und den Kommunen. Nur gemeinsam lassen sich die bevorstehenden Herausforderungen bewältigen. Deshalb orientiert sich unser Handeln immer auch an den Ansprüchen und Interessen unserer Städte und Gemeinden. Denn nur dann kann gelten: Starke Kommunen. Starkes Land.**

## Bewährte Partnerschaft.

Solides Haushalten ohne Kahlschlag ist das Markenzeichen verantwortungsvoller CDU-Politik. Gemeinsam haben Land und Kommunen Vereinbarungen und Solidarpakte geschlossen, so zur Kinderbetreuung und zum Ausbau von Ganztageschulen. Das Land holt darüber hinaus Kirchen, Hochschulen, Sport, Kultur und soziale Institutionen mit ins Boot. Die enge Partnerschaft bei zentralen Zukunftsaufgaben schafft Planungssicherheit, Vertrauensschutz und Handlungsfähigkeit auf beiden Seiten.

## Selbstständigkeit der Kommunen bewahren.

Wir stellen den Dienst am Menschen in den Mittelpunkt unserer Politik. Ein daran orientierter Staatsaufbau kann nur von unten nach oben funktionieren. Für die CDU kommt daher der kommunalen Ebene zentrale Bedeutung zu.

Wir stehen zum Subsidiaritätsprinzip in seiner dreifachen Bedeutung: Was der einzelne leisten kann, muss er auch selbst leisten. Freie Träger haben Vorrang vor dem Staat und die jeweils unterste mögliche Ebene muss sich der Erfüllung einer Aufgabe annehmen und hierbei die notwendigen Freiräume für eigene Standardgestaltung haben sowie eine ausreichende Finanzausstattung bekommen. Das ursprüngliche Recht liegt dabei bei der Gemeinde, die das Recht der Selbstverwaltung besitzt. Unsere Kommunen sind ein Ort der vielfältigen Mitbestimmung und Mitgestaltung. Dort haben die Menschen die direktesten Einfluss- und Einwirkungsmöglichkeiten.

Auch im Europäischen Verfassungsvertrag ist die kommunale Selbstverwaltung ausdrücklich garantiert. Die Kompetenzen der Europäischen Union sind auf die Aufgaben zu beschränken, die nicht von einer niedrigeren Ebene besser erfüllt werden können. Die Bereitstellung der für ein sinnvolles menschliches Dasein notwendigen Güter und Leistungen, die Daseinsvorsorge, muss eine kommunale Aufgabe bleiben.

## Interkommunale und regionale Zusammenarbeit.

Gerade auch in Zeiten enger werdender finanzieller Spielräume ist die interkommunale und regionale Zusammenarbeit auszuweiten und durch finanzielle Anreize zu fördern. Wir unterstützen dabei insbesondere auch die Kommunen entlang der Außengrenzen zu unseren Nachbarstaaten beim Aufbau und der Intensivierung grenzüberschreitender Kooperationen und Vernetzungen. Als Entwicklungsmotoren ins-

besondere in den Bereichen Verkehr, Umwelt, Wirtschaft, Tourismus und Ausbildung sind sie unabdingbare Voraussetzung für den Aufbau europäischer Zukunftsregionen.

## 7. Sanieren und Investieren - kommunales Wirtschaften in schwieriger Zeit.

*Nicht nur im Bund und im Land gilt es, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Wirtschaft wieder wachsen kann. Auch in den Kommunen muss mit einer konsequenten Haushaltskonsolidierung Spielraum für Investitionen und für nachfolgende Generationen geschaffen und ein gerechter Lastenausgleich erreicht werden. Im Bereich der Daseinsvorsorge und dem Ausbau der kommunalen Infrastruktur gilt es darüber hinaus, den Mittelstand und unsere heimischen Betriebe zu unterstützen.*

### Maß halten auch in den Kommunen.

In den Kommunen wie auf allen anderen staatlichen Ebenen darf nur so viel Geld ausgegeben werden, wie zuvor erwirtschaftet wurde. Das Land Baden-Württemberg ist nach Jahrzehnten 2008 erstmals ohne neue Schulden ausgekommen. Wir dürfen nicht weiter über unsere Verhältnisse leben und durch neue Schulden künftige Generationen belasten. Der Verzicht auf neue und die Rückführung vorhandener Schulden bedeuten zusätzliche Handlungsspielräume für die Haushalte der Zukunft. Eine Alternative zum Weg aus der Schuldenfalle gibt es nicht. Die damit zwangsläufig verbundenen Einschnitte sind eine Frage der Gerechtigkeit gegenüber nachfolgenden Generationen.

Daneben stellen wir das kommunale Haushalts- und Rechnungswesen auf die in der Wirtschaft bewährte doppelte Buchführung um. Das dient der Transparenz und damit ebenfalls der Generationengerechtigkeit. Denn wer neue Maßnahmen beschließt, soll auch die finanziellen Folgen tragen und nicht in die Zukunft verschieben.

### Lasten gerecht verteilen.

Die Kommunen müssen für die Erfüllung ihrer Aufgaben mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausgestattet werden. In Baden-Württemberg ist der kommunale Anteil am Steueraufkommen mit 23 Prozent höher als in anderen Ländern. Die Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen sind auch künftig über die Zeitdauer eines Doppelhaushalts hinaus mittelfristig festzulegen. Das dient der Planungssicherheit der kommunalen Seite. Darüber hinaus haben wir auf Bundes- und Landesebene gegenüber den Kommunen das so genannte Konnexitätsprinzip und damit den Grundsatz eingeführt, dass diejenige Ebene, die zusätzliche Aufgaben auf die Kommunen überträgt, diese auch bezahlen muss.

### Wirtschaftsförderung vor Ort.

Die Kommunen sind Partner von Wirtschaft, Mittelstand und Handwerk. Sie gewährleisten die Infrastruktur als Grundlage für eine erfolgreiche Tätigkeit der Unternehmen. Auch in Zukunft wollen wir Unternehmen in unseren Städten und Gemeinden positiv begleiten, um auf der einen Seite Wachstum zu generieren und damit Arbeitsplätze zu erhalten oder neue zu schaffen. Hierzu sollen durch Flächenrecycling, Flächenneuordnung und Bestandsmanagement vorrangig Flächen im Innenbereich zu für die Wirtschaft bezahlbaren Preisen bereitgestellt werden. Sind Gewerbegebiete im Innenbereich, z.B. aufgrund immissionsschutzrechtlicher Konflikte, nicht realisierbar, kann es auch neue Flächen im Außenbereich geben. Dabei sollte geprüft werden, ob andere im Flächennutzungsplan ausgewiesene, aber noch nicht realisierte Planungen zurückgenommen werden können. Grundsätzlich wollen wir die interkommunale Zusammenarbeit bei Gewerbegebieten und Infrastrukturmaßnahmen aus Kostengründen und zum regionalen Nutzen intensivieren. Unser Handwerk und unsere mittelständischen Betriebe haben als tragende Säulen von Wirtschaft und Arbeitsmarkt eine herausragende Bedeutung, welche bei der Vergabe von kommunalen Investitionen zu berücksichtigen ist. Durch eine Vereinfachung der Vergabevorschriften und eine Heraufsetzung der Schwellenwerte für die öffentlichen Vergabeverfahren wird es mittelständischen Betrieben erleichtert, sich Erfolg versprechender um öffentliche Aufträge zu bemühen. Daneben wird in Zukunft auch im Vergabewesen die Bedeutung von elektronischen - und damit für alle Beteiligten Kosten sparenden - Verwaltungsverfahren zunehmen müssen.

Unser bewährtes Bankensystem, bestehend aus öffentlich-rechtlichen Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Privatbanken, genießt in der Bevölkerung großes Vertrauen. Um dieses weiter zu festigen, sprechen wir uns für die Wiedereinführung der Gewährträgerhaftung der öffentlichen Hand für die Sparkassen aus.

### Daseinsvorsorge sicherstellen.

Von zentraler Bedeutung für die Daseinsvorsorge ist eine sichere und preisgünstige Energie- und Trinkwasserversorgung für die Bevölkerung und die Wirtschaft. Für Kommunen mit eigenen Versorgungsgesellschaften und Stadtwerken müssen die Rahmenbedingungen so geschaffen werden, dass diese auch in einem liberalisierten Markt bestehen können. Dies wird auch durch das neue Gemeindefinanzrecht des Landes unterstützt. Der Sicherung einer gesunden Trinkwasserversorgung kommt als kommunaler Aufgabe dabei höchste Priorität zu.

Die CDU bekennt sich zu einer aktiven Energiepolitik vor Ort, die die vorhandenen Ressourcen schont. Dem wollen wir dadurch Rechnung tragen, dass insbesondere erneuerbare Energiequellen wirtschaftlich sinnvoll genutzt werden, die den natürlichen Gegebenheiten unseres Landes entsprechen. Von zentraler Bedeutung ist daneben auch die Sicherheit der Energieversorgung, die einen wichtigen Standortfaktor darstellt. Vor diesem Hintergrund sehen wir auch die Schwierigkeiten einzelner Kommunen aufgrund der Liberalisierung des Strommarktes durch die EU sowie der sinkenden Gewinnmargen im Bereich der Energieversorgung.

Die CDU bekennt sich zu einer wohnortnahen, flächendeckenden Grundversorgung der Menschen mit hochwertigen medizinischen Leistungen. Nicht die Größe von Einrichtungen der medizinischen Versorgung ist für uns entscheidend, sondern ihre Qualität.

## Ausbau der Datenautobahnen.

Baden-Württemberg nimmt im Bereich der IT- und Mediennutzung eine Spitzenposition ein. Die Akzeptanz von Informationstechnik, Telekommunikation und Multimedia ist hier so groß, wie nirgendwo sonst in Deutschland. Dies gilt gerade auch für die ländlichen Räume, in denen das Internet besonders geeignet ist, Arbeitsmarktchancen zu eröffnen und strukturelle Nachteile auszugleichen. Damit dieses Nutzungspotential auch künftig zum Tragen kommt und unsere mittelständischen Unternehmen das Handwerkszeug haben, um konkurrenzfähig zu bleiben, ist die entsprechende Infrastruktur unverzichtbar. Um die „Datenautobahn“ weiter zügig auszubauen, investiert die Landesregierung im Rahmen der „BreitbandInitiative Ländlicher Raum“ 22 Mio. Euro für den Auf- und Ausbau eines schnellen Internets im ländlichen Raum - deutlich mehr als alle anderen Länder zusammen. Damit hat das Land eine Möglichkeit geschaffen, die Gemeinden zu fördern, die aus eigener Kraft den Anschluss an die „Datenautobahn“ nicht schaffen. Unser Ziel ist, dass bis Ende 2010 alle Gebiete in Baden-Württemberg mit Breitband-Internet versorgt sind.

## 8. Nachhaltige Entwicklung - Kommunalpolitik im Einklang mit Umwelt, Landwirtschaft und Natur.

*Baden-Württemberg lebt von seiner Natur wie von seiner Wirtschaft. Die CDU im Land und den Kommunen strebt daher schon immer einen sinnvollen und behutsamen Ausgleich der Interessen von Unternehmen und Umwelt an. Gleichzeitig gilt es aber auch die Interessen unserer Landwirte und die weitere Förderung des Tourismus im Südwesten im Auge zu behalten.*

## Unsere Landschaft ist unsere Heimat.

In Baden-Württemberg gibt es eine Vielzahl einzigartiger und wertvoller Landschaftsräume. Viele davon sind reizvolle Kulturlandschaften, die im Laufe von Jahrhunderten durch unterschiedliche Formen der Bewirtschaftung entstanden und den Menschen zur unverwechselbaren Heimat geworden sind. Mit seiner Natur, seinen Sehenswürdigkeiten und seiner Kultur ist Baden-Württemberg das „Wohlfühliland Nummer 1“ in Deutschland. Dies zeigen nicht nur viele Studien, sondern ganz konkret auch die steigende Zahl an Zuzügen und Touristen in unserem Land.

## Ökonomie und Ökologie im Einklang.

Schutzgebiete, Landschaftspflege und Artenschutzprogramme sollen die kostbare Flora und Fauna erhalten. Die Menschen müssen die Natur jedoch auch wirtschaftlich nutzen, um leben zu können. Unser Ziel ist es deshalb, die Erhaltung von Natur und Landschaft mit einer verträglichen Nutzung durch bäuerliche Landwirtschaft, mit heimischer naturverträglicher Produkterzeugung und Vermarktung sowie mit zeitgemäßen touristischen Angeboten zu vereinbaren und zu fördern. Zusammen mit der heimischen Wirtschaft, den Verbrauchern und Konsumenten wollen wir nachweisen, dass wirtschaftliche Ziele mit Umwelt- und Naturschutzzielen zu vereinbaren sind und eine ländlich strukturierte Heimat auch jungen Menschen eine gute Zukunft bietet.

## Vorreiter im Klimaschutz.

Klimaschutz ist eine globale Herausforderung. Aber gehandelt werden muss vor Ort. In unseren Kommunen wollen wir die Vorreiterrolle Baden-Württembergs unterstreichen. Wir wollen Spitze sein beim Energiesparen, beim effizienten Einsatz von Energie und beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Kommunale Gebäude und kommunale Stadtwerke sollen dabei eine Vorreiterrolle übernehmen und als positive Beispiele dienen. Die Einführung eines kommunalen Energiemanagements ist ein erster wichtiger Baustein für die Vorreiterrolle. Die Einrichtung von regionalen Energieagenturen ist eine Erfolgsgeschichte, gerade auch im Zusammenwirken mit den handelnden Personen vor Ort. Hier wollen wir die Flächendeckung erreichen, weil Sie für die Bürger eine wichtige Einrichtung der Beratung in allen Fragen rund um die Energie ist. Die Zertifizierung mit dem European Energy Award ist eine gute Möglichkeit für Kommunen, ihre Leistungen im Klimaschutz durchzuführen. Diese wollen wir noch stärker voranbringen.

## Innerörtliche Entwicklung hat Vorrang.

Zum Schutz der Umwelt und aus der Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen stehen wir auch für eine Zurückführung des Flächenverbrauchs. Der innerörtlichen Entwicklung ist Vorrang zu gewähren, damit neue Flächen nur noch in dem unbedingt notwendigen Maße in Anspruch genommen werden.

Im Sinne einer nachhaltigen Flächenhaushaltspolitik werden die Kommunen weiterhin gemeinsam mit dem Land Altlasten in oft wertvoller innerörtlicher Lage sanieren und dafür Sorge tragen, dass mit der Ressource Boden schonend umgegangen wird und Schadstoffanreicherungen im Boden vermieden werden.

## Wirtschaftsfaktor Landwirtschaft.

Die Landwirtschaft ist für uns ein traditionell wichtiger Wirtschaftszweig, den wir auch im Bereich der Landschaftspflege zu schätzen wissen. Ihm und seinen Bedürfnissen gilt unser besonderes Augenmerk. In schwierigen Zeiten für die Landwirtschaft wollen wir uns dabei auf das Wichtigste konzentrieren: gezielte Förderung statt „Gießkanne“. Dabei ist die regionale Lebensmittelproduktion zum Schutz der Verbraucher genauso wichtig wie die Produktion nachwachsender Rohstoffe und regenerativer Energieträger. Die CDU unterstützt dabei auch den Erhalt der für unser Land typischen klein- und mittelständischen Struktur der bäuerlichen Landwirtschaft und setzt sich auf allen Ebenen hierfür ein.

## Baden-Württemberg ist Tourismusland.

Der Fremdenverkehr hat sich mittlerweile zu einem unserer wichtigsten Wirtschaftszweige entwickelt: Rund 200.000 Beschäftigte erwirtschaften fast ein Zwölftel unseres Bruttoinlandsprodukts. In Zukunft wollen wir neue Zielgruppen für unser Land interessieren: Aktivurlauber bieten ebenso Wachstumspotential wie der Bereich Wellness und Gesundheit.

Wir unterstützen die Kreise und Gemeinden bei der Schaffung eigenständiger touristischer Profile für die jeweilige Region. Dabei gilt es, schlagkräftige Tourismusverbände zu entwickeln, die ihre jeweilige Destination auch international angemessen darstellen können.

## 9. Bürgernah und leistungsfähig - die Verwaltung als Dienstleister.

**Für die CDU gilt der Grundsatz: Staat und Verwaltung müssen vom Bürger her gedacht und gemacht werden. Bei der Verwaltung stehen wir deshalb für transparente und bürgernahe Reformen sowie einen entschiedenen Bürokratieabbau. Bei Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten wissen wir um deren Bedeutung für die Gemeinschaft und sorgen für Ausrüstung und Anerkennung ihrer Leistungen.**

## Verwaltung modernisieren.

Eine gut funktionierende und verlässliche Verwaltung auf allen politischen Ebenen gehört zu den Grundpfeilern des Rechtsstaats, der unsere individuelle Freiheit garantiert. Doch auch bei der Verwaltung gibt es einen stetigen Bedarf, Verbesserungen für die „Kunden“ durchzusetzen.

So sind Verwaltungsabläufe mit dem Augenmerk auf Verfahrensbeschleunigung und Wirtschaftlichkeit kontinuierlich zu optimieren. Wir brauchen zügige Genehmigungsverfahren und die zielgruppenorientierte Ansiedlung von Ansprechpartnern innerhalb der Verwaltungen. Verwaltungsverfahren wie Gewerbebeantragung, Baugenehmigung, Melderecht oder Personenstandswesen müssen zügig als durchgängige Online-Dienste bereitgestellt werden. Der Ausbau von Online-Diensten darf allerdings nicht zu Lasten wohnortnaher Dienstleistungsangebote gehen. Der persönliche Kontakt mit den Ansprechpartnern in Rathäusern und anderen Verwaltungen muss erhalten bleiben und zielgruppenspezifisch optimiert werden.

Eine zukunftsorientierte Verwaltung braucht darüber hinaus neue Steuerungsinstrumente und ein modernes Dienstrecht. Wir treten für einen straffen und an den Bedürfnissen der Kommunalverwaltung ausgerichteten Fahrplan zur Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens ein. Mit einer Reform des Haushaltsrechts begrüßen wir die Möglichkeiten eines interkommunalen Wettbewerbs durch Kennzahlensysteme. Bei der Flexibilisierung des Dienstrechts stehen wir für die Förderung des Leistungsprinzips durch Leistungsbeurteilungen sowie die Besetzung von Spitzenämtern auf Zeit.

## Bürokratieabbau vorantreiben.

Die zunehmende Bürokratie auf allen Ebenen und in vielen Lebensbereichen kostet alle Beteiligten viel Zeit und Geld. Die Einrichtung eines unabhängigen Ombudsmanns für Bürokratieabbau, Deregulierung und Aufgabenabbau durch die Landesregierung hat sich bewährt. In den vergangenen Jahren konnten viele überflüssige Normen abgeschafft und Verwaltungsverfahren vereinfacht werden.

Erfolgreicher Bürokratieabbau schließt aber nicht nur den Abbau bestehender Hemmnisse ein, sondern setzt insbesondere bereits bei der frühzeitigen Verhinderung neuer Bürokratie an. Dazu gehört für die CDU auch, dass künftig alle kommunalen Satzungen außerhalb des Bau-

rechts nach eine Geltungsdauer von zehn Jahren daraufhin überprüft werden müssen, ob Inhalt, Verfahren und Gültigkeit noch sinnvoll und zeitgerecht sind. Darüber hinaus könnte die Einführung eines schlanken Verfahrens zur Identifizierung und Messung bestimmter Bürokratiekosten ebenfalls helfen, zu weiteren Verbesserungen zu kommen.

## Mit Sicherheit Vertrauen schaffen.

Sicherheit - objektive und noch mehr die subjektiv empfundene - ist ein nicht zu unterschätzender Standortfaktor für die Kommunen und das Land. Sie schafft Vertrauen und ist ein wichtiger Aspekt eines positiven Heimatgefühls der Menschen. Unsere Polizistinnen und Polizisten sorgen dabei jeden Tag aufs Neue dafür, dass sich die Menschen in unserem Land sicher fühlen können und das Baden-Württemberg eines der sichersten Länder ist.

In Zukunft wollen wir aber noch mehr dafür tun, dass auch Kleinkriminalität aufgeklärt und die Strafe der Tat auf dem Fuße folgen kann. Gleichzeitig treten wir für die Stärkung der Präventionsarbeit, insbesondere beim Jugendschutz ein. Eine enge Vernetzung von Polizei, Jugendgerichtshilfe, Schulen, Schulsozialarbeit, kommunaler Jugendhilfe und ortsansässigen Jugendorganisationen kann helfen, kommunale Kriminalprävention möglichst effektiv und wirkungsvoll zu gestalten.

Von unschätzbarem Wert sind auch die Leistungen unserer Rettungsdienste, der Feuerwehr und des Technischen Hilfswerks. Die Kommunen und das Land haben die Aufgabe, für moderne und ausreichende technische Ausrüstung zu sorgen und an einer noch besseren Vereinbarkeit der Dienste mit dem Berufsleben zu arbeiten.

## 10. Mobil in Stadt und Land - für eine leistungsfähige Infrastruktur.

*Baden-Württemberg als wirtschaftsstarkes Land im Herzen Europas ist auf eine moderne und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Die CDU setzt sich für eine zukunftsorientierte Verkehrspolitik ein, die die umweltverträgliche Mobilität unserer Bürger und unserer Wirtschaft dauerhaft sichert und das steigende Verkehrsaufkommen bewältigt.*

## Wachstum braucht Wege.

Baden-Württemberg ist ein hoch industrialisiertes Land. Unsere Unternehmen, Forschungseinrichtungen, Kulturinstitutionen und nicht zuletzt unsere Bürgerinnen und Bürger sind in alle Welt vernetzt. Wir liegen im Herzen Europas und sind damit Transitland Nummer eins. Mit den höchsten Wachstumsraten und Beschäftigungszahlen ist Baden-Württemberg der europäische Wachstumsmotor. Diese Spitzenstellung wollen wir behaupten. Grundvoraussetzung dafür ist eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur - sie ist für das Land und seine Kommunen lebenswichtig.

Die CDU setzt sich deshalb für eine zukunftsorientierte Verkehrspolitik ein, die die umwelt- und gemeinwohlverträgliche Mobilität unserer Bürger und unserer Wirtschaft dauerhaft sichert und das steigende Verkehrsaufkommen bewältigt. Grundlage hierfür ist der kontinuierliche Aus- und Neubau sowie die optimale Vernetzung von Schiene, Straße, Luftverkehr und Wasserstraßen sowie die Elektrifizierung wichtiger Bahnstrecken.

## Straßenbau im Mittelpunkt.

Ein gut ausgebautes Straßennetz ist für die Entwicklung des Landes unverzichtbar. Um das Landesstraßennetz konsequent zu verbessern, wurden die Mittel zum Bau und zum Erhalt der Landesstraßen von der Landesregierung deutlich erhöht und im Rahmen des Impulsprogramms Baden-Württemberg zusätzlich 60 Mio. Euro für Großprojekte zur Verfügung gestellt.

Im kommunalen Straßenbau hat das Land allein im Jahr 2008 109 Vorhaben im ländlichen Raum und in den Verdichtungsräumen mit einem Gesamtvolumen von 94 Mio. Euro in das Landesförderprogramm aufgenommen. Damit können den Kommunen nun Zuwendungen von 57 Mio. Euro bewilligt werden. Der Schwerpunkt liegt dabei bei wichtigen innerörtlichen Gemeindestraßen und Zubringerstraßen zum überörtlichen Verkehrsnetz.

Der Aus- und Neubau der Bundesfernstraßen und Autobahnen in Baden-Württemberg hinkt dagegen seit Jahren dem stark ansteigenden Bedarf hinterher. Die bisher vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel reichen bei weitem nicht aus, um auch nur die planfestgestellten Maßnahmen im Umfang von rund 1,2 Mrd. Euro realisieren zu können. Die CDU wird sich hier auch weiterhin mit Nachdruck beim Bund für zusätzliche Mittel einsetzen.

## Mobilität auf Schiene und Straße.

Der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs im Land ist eine echte Erfolgsgeschichte. Seit 1994 hat das Land als Aufgabenträger das Angebot auf der Schiene um über 50 Prozent ausgebaut und den Integralen Taktfahrplan landesweit umgesetzt. Die stark angestiegene Zahl der Fahrgäste bis zu 300 Prozent spricht für sich. Der Busverkehr ist eine tragende Säule des öffentlichen Personennahverkehrs - insbesondere im ländlichen Raum. Baden-Württemberg 21 ist von überragender verkehrs- und standortpolitischer Bedeutung für das gesamte

Land. Es verbindet Baden-Württemberg mit dem europäischen Hochgeschwindigkeitsbahnnetz, schafft die Anbindung der Neuen Messe und des Stuttgarter Flughafens und ermöglicht neue Verbindungen für den Regional- und Nahverkehr. Der 4-gleisige Ausbau der Rheintalbahn Karlsruhe-Basel und die ICE-Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim sind zwei weitere Maßnahmen im Schienenfernverkehr, die für unser Land von zentraler Bedeutung sind.

## 11. Bereit zur Verantwortung.

*Die CDU Baden-Württemberg und ihre Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in den Städten, Gemeinden, Kreisen und der Region unseres Landes können mit gutem Recht beanspruchen, die positive Entwicklung der Kommunen in Baden-Württemberg ein gutes Stück weit mit verantwortet zu haben.*

*Auch in Zukunft wollen wir entschlossen und mit allem Engagement dafür arbeiten, die Lebensqualität in unseren Städten, Gemeinden und Kreisen zu erhalten und weiter zu erhöhen. Wir bitten unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger überall im Land, uns dabei auch in Zukunft zu unterstützen. Wir wollen und werden ihr Sachwalter in den Gemeinderäten und Kreistagen bleiben.*



CDU Baden-Württemberg  
Hasenbergstraße 49 b  
70176 Stuttgart

Telefon 0711 66904-0  
Telefax 0711 66904-15

[www.cdu-bw.de](http://www.cdu-bw.de)